

Europa geht anders!

Die großen technologischen Umbrüche unserer Zeit, insbesondere der Kommunikationstechnologien (Computer, Handys) und der Mobilität (Containerschifffahrt, Flugverkehr), ziehen ein verändertes Wirtschaften nach sich. Der transnationale Handel von weltweit agierenden Großkonzernen begrenzt mehr und mehr die politische Gestaltungsmacht nationalstaatlich organisierter Politik. Auf der Suche nach den niedrigsten Arbeitnehmer- und Umweltstandards und dem höchsten Grad an privatisierten öffentlichen Gütern zwingen die transnationalen Konzerne und die mit ihnen im Verbund stehenden Großbanken die Nationalstaaten in einen gnadenlosen Wettbewerb. Die Verlierer bei diesem Wettbewerb um Steuerdumping, Privatisierung, Öko- und Sozialdumping sind wir die Bürger. Die Staaten, die sich an diesem Wettbewerb nicht beteiligen wollen, werden durch den Abzug von Kapital und Produktionsstandorten bestraft. Die Folge ist Arbeitslosigkeit und damit Armut für einen Teil der Bevölkerung bis hin zur Rezession.

Daher kann die Wiedergewinnung der politischen Gestaltungsmacht nur durch einen Zusammenschluss der Staaten gegen die global agierenden Konzerne und Banken erfolgreich sein.

Eine Transportsteuer (z.B. 10cent/ Flug-/LKW-Kilometer) würde zu einer Regionalisierung der Produktion entscheidend beitragen und damit der Verödung der Regionen entgegen wirken. Aber diese macht nur im Rahmen einer EU-Gesetzgebung Sinn. Ähnliches gilt für Unternehmenssteuersätze, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards, Arbeitnehmerrechte, Finanztransaktionssteuer, Bankenaufsicht oder die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme.

Auch global können wir auf den neoliberalen Kurs nur Einfluss nehmen, wenn wir eine relevante Größe bezüglich Kapital und Märkte haben. Ein einzelner Staat kann weder von Russland, USA, Japan oder den BRICS-Staaten ernst genommen werden. Aber auch diese kämpfen zusehends mit dem Verlust der politischen Gestaltungsmacht und teilweise mit extremen Finanznöten. Ein gemeinsames zurück erobern der politischen Gestaltungsmacht mit dem ein oder anderen Großraum würde, wenn Europa einen neuen Kurs einschlagen würde, immer wahrscheinlicher.

Die Augen vor dem Wandel der Zeit zu verschließen und zurück zu gehen in Altbekanntes, statt neue Antworten auf neue Herausforderungen zu finden, wäre indes verhängnisvoll und würde uns auf lange Sicht endgültig der politischen Gestaltungsmacht berauben. Daher kann es keine Rückkehr in nationalstaatliche Strukturen geben.

Auch dem European Round Table of Industries und den Banken ist bewusst, dass ein solcher Großraum Europa über soviel Macht verfügen würde, dass er sich den Interessen des Kapitals entgegen stellen könnte. Daher bieten sie alles in ihrer Macht stehende auf, um die EU rechtzeitig und unumkehrbar in ihrem Sinne zu gestalten.

Heute, ein paar Jahre nach Einführung des Lissabon-Vertrags, spüren vor allem die Südeuropäer die Auswirkungen des neoliberalen Regimes. Arbeitslosigkeit, Zwangsräumungen, Kürzungen im Gesundheitssystem, bei Renten und Mindestlöhnen treffen die Menschen besonders hart und existenziell. Sie stehen auf und fordern ein anderes Europa.

Die Frage ist, schauen wir dem neoliberalen Umbau des europäischen Raumes zu, solange es uns Deutschen „noch“ einigermaßen gut geht, oder schließen wir uns der Bewegung an, die ein anderes Europa fordert?

Und wie sollte dieses andere Europa aussehen?

Ich denke, die Details eines neuen Europas müssten auf demokratischem Weg in gegenseitiger Achtung und ohne Führungsanspruch einzelner Nationen von allen in der Gesellschaft vertretenen Gruppen erarbeitet werden. Und sie müssten Abschnitt für Abschnitt durch EU-weite Referenden beschlossen werden.

Was wären nun die alternativen, kooperativen und sozialen Antworten, um uns aus der heutigen Bankenkrise, Europakrise, Wachstumskrise, Demokratiekrise und Verarmungskrise herauszuführen und ein neues Europa zu bauen, das uns europäischen Bürgern die Umsetzung unserer Ziele gegen die Macht der Großkonzerne und Banken sichert?

Bei der Analyse der derzeitigen Europäischen Union und der Eurogruppe fallen 3 massive Schwachstellen auf:

- 1., Die EU und noch mehr die Eurogruppe weisen ein massives demokratisches Defizit auf.
- 2., Die EU hat eine Wirtschaftsunion aufgebaut und dabei eine starke Sozialunion vernachlässigt.
- 3., Die EU greift tief in die finanzpolitischen Regelungen der Defizitländer ein, verweist aber die Verantwortung für das Scheitern an die Nationalstaaten zurück.

Wenn wir ein solidarisches und kooperatives Europa wollen, das die kulturelle und wirtschaftliche Vielfalt würdigt, so brauchen wir

- 1., einen massiven Ausbau der Demokratie und einen Rückbau der größten Lobbygruppen auf ein ihnen angemessenes Maß.
- 2., eine starke Sozialunion, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine Sozialunion, die die Menschenrechte, das Recht der Schwachen, das Recht der Bürger über das Diktat der Wirtschaft stellt.
- 3., eine Übernahme der Verantwortung auf europäischer Ebene für die falschen Weichenstellungen seitens der EU bzw. der Eurogruppe und ein solidarisches Handeln.

Daraus folgt: Wir brauchen einen massiven Umbau der EU zu einem demokratischeren Bundesstaat. Denn viele Themen sind in einer globalisierten Welt nicht mehr anders zu lösen. Wir brauchen eine starke Gegenmacht der europäischen Bürger gegen das globalisierte Diktat der Wirtschaft. Und wir brauchen eine europäische Regierung, die abwählbar ist. Denn nur dann fühlt sich die Regierung allen Bürgern der EU verpflichtet. Würde Frau Merkel, die derzeit maßgeblich den europäischen Kurs bestimmt, auch von den Südeuropäern gewählt, wäre sie für ihre rigide Austeritätspolitik wahrscheinlich längst abgewählt worden.

Bereits die Weltwirtschaftskrise von 1929 hat gezeigt: In Zeiten der Krise bekommen Nationalisten die Chance zu erstarken. Auch heute ist dies wieder der Fall siehe „Goldene Morgenröte“ in Griechenland, „Front National“ in Frankreich, „Fidesz“ in Ungarn, Alternative für Deutschland, etc.. Gerade in solchen Zeiten muss die Linke alles dafür tun, Alternativen aufzuzeigen und einladen sich der Bewegung an zu schließen, die derzeit im Entstehen ist.

Detailliertere Forderungen für die Bewegung könnten z.B. sein:

1., Demokratisierung der EU

- Volksbegehren auf nationaler und EU-sowie Euro-staatlicher Ebene einführen.
- Ablösung des Lissabon-Vertrages (Erarbeitung durch einen demokratischen Konvent, in dem alle gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. Mehrere europaweite Volksabstimmungen über überschaubare Abschnitte/Themen des Vertrags)
- Nationale Parlamente und EU-Parlament stärken
- Beamtenapparat der EU-Kommission dem Parlament und Rat unterstellen.
- Kleineren Staaten ein gleiches Mitentscheidungsrecht einräumen.

- Die Leitung des Rates ebenso wählen wie die EU-Abgeordneten.
- Die Europäische Zentralbank unter demokratische Kontrolle stellen.
- Den überproportionalen Lobbyismus der finanzstarken Konzerne und Banken auf allen Ebenen (Kommune bis EU) beschränken und den Lobbyismus der finanzschwachen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und kleinen und mittleren Unternehmen fördern.
- Die Finanzierung der Wissenschaft aus rein staatlichen Mittel generieren.
- Transparenz sicherstellen.

2., Direkte und niedrig verzinste Kredite der EZB an die Staaten vergeben und Ausgabe von EU-Staatsanleihen. Dies würde alle Staaten (auch Deutschland) dazu anhalten, ihren Nachbarländern in Notsituationen wirkliche Aufbauhilfe zu geben, da sonst auch ihre Zinsen für Staatsanleihen steigen würden. Dies wäre ein klares Signal an die Finanzmärkte und würde weitere Spekulationen verhindern.

3., Sofortiges Beenden der Austeritätspolitik.

4., Schulden

- Schuldenaudit (öffentliche, transparente, demokratische Überprüfung der Staatsschulden)
- Streichung aller illegitimen Schulden
- Verbesserung der Rückzahlungsbedingungen (s. auch Londoner Abkommen von 1953)

5., Bankenpolitik reformieren

- Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken
- Teilung der Banken auf eine nicht systemrelevante Größe oder Vergesellschaftung des Finanzsystems und Aufbau eines Systems, das der Gesellschaft dient.
- Einführung der Finanztransaktionssteuer
- Verbot hochspekulativer Produkte
- Begrenzung der Zinsen bei der Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte auf max. 6% über dem Leitzins

6., Umverteilen zur Beendigung der Staatsschuldenkrise und zur Förderung des Aufbaus schwächerer Länder

- Kapitalverkehrskontrollen verschärfen
- Steueroasen schließen
- europaweite einmalige Vermögensabgabe (Einnahmen: bis zu 4 Billionen E). Von den Einnahmen sollte der jeweilige Nationalstaat 80% zur Reduzierung seiner Staatsschulden verwenden dürfen. 20% sollten dazu dienen, alle Länder, die nicht aus eigenen Kräften dazu in der Lage sind, auf ein Defizit unter 60% zu bringen.
- Anhebung und Harmonisierung der Kapitalsteuern
- Anhebung und Harmonisierung der Spitzensteuersätze
- Anhebung und Harmonisierung einer progressiven Erbschaftssteuer.

7., 30 Stunden für Europa

Die Arbeitszeit auf 30 Stunden in der Woche begrenzen bei Lohn- und Personalausgleich. Die Finanzkrise ist auch eine Krise der Überakkumulation von Gütern. Die Wachstumsraten liegen bei 1% bis 1,5% und werden voraussichtlich weiter sinken. Daher kann die derzeitige Arbeitslosigkeit nur durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung behoben werden. (s. auch ILO-Konvention von 1935). Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist einer der größten Hebel der Wirtschaft um ihre neoliberale Doktrin des gnadenlosen Wettbewerbs durch zu setzen. Diesen Hebel können wir nur dadurch entschärfen, indem wir allen Menschen eine existenzsichernde Arbeit durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung ermöglichen.

- 8., Handelsbilanzüberschüsse innerhalb der EU auf max. 2% begrenzen. Bei höheren Exportüberschüssen sollten Sanktionen erfolgen. Z.B.:
- Mindestlöhne im Land anheben
 - Lohnerhöhung mindestens an die Inflationsrate koppeln
 - Vergünstigungen für Gewerkschaften schaffen, um höhere Löhne einfordern zu können.
 - Arbeitszeiten per Gesetz reduzieren.
- 9., Anhebung der Mindestlöhne, Renten und der Grundsicherung auf ein existenzsicherndes Niveau.
- 10., Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung für alle (EU-Bürgerversicherung)
- 11., Beendigung der Privatisierung öffentlicher Güter und Erweiterung der öffentlichen Dienste.
- 12., Einrichtung eines Sozialfonds, der schwache Länder unterstützt bei
- Forschung
 - Bildung
 - Arbeitszeitverkürzung
 - sozialem und ökologischem Umbau
- 13., Humanisierung der Flüchtlingspolitik und gerechte Lastenverteilung auf alle EU-Staaten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit.
- 14., Gestaltung des internationalen Handels nach Grundregeln des alternativen Handelsmandats. Der Handel muss das Wohl von Mensch und Natur hier in Europa wie in den Ländern, mit denen wir handeln, in den Mittelpunkt stellen. (Details unter: <http://www.attac.de/presse/detailansicht/news/europaeische-zivilgesellschaft-praesentiert-alternatives-eu-handelsmandat/?cHash=d1555f38ccee5bec974ce725a1c61f2b>)

Mit dem Auszug aus einer Erklärung des Attac-Rates zur Abgrenzung gegen rechte Globalisierungskritik möchte ich diesen Vortrag abschließen.

Globale soziale Rechte – statt nationaler Lösungen

Nach wie vor befinden wir uns weltweit in einer multiplen Krise, die ihre Ursache im Kern in der globalisierten kapitalistischen Ökonomie hat. Je länger die Krise anhält und je tiefer sie geht, desto stärker wird der Wunsch nach einfachen Lösungen.

Attac kann die einfache Lösung für die aktuelle Krise nicht liefern. Wir können allerdings Kriterien nennen, denen die Lösungsansätze genügen müssen, wenn sie in Richtung einer sozialeren und gerechteren Welt weisen sollen. Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung ab, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und der Konzerne orientiert ist. Dies heißt allerdings nicht im Umkehrschluss, dass wir zurück zu einer in erster Linie nationalstaatlich verfassten Ökonomie und Sozialpolitik wollen. Wir wollen nicht den „guten“ rheinischen Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, statt des „bösen“ angelsächsischen Raubtierkapitalismus. Wir wollen nicht die „guten“ nationalen Lösungen gegen die anonymen Mechanismen der globalen Märkte oder die antidemokratische EU-Bürokratie in Stellung bringen. Denn antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen staatlichen Ebenen, in den Kommunen, auf nationaler Ebene und bei der EU, und auf all diesen Ebenen gilt es sie zu bekämpfen. Was wir wollen ist eine Gesellschaft, die im globalen Maßstab soziale Rechte verwirklicht, gerecht und demokratisch verfasst ist und die natürlichen Ressourcen schont.

Interessantes Lesematerial:

- Sand im Getriebe Nr. 103: „Altersummit“ Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de (3,-€)
PDF-Version : www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/
- isw-Heft Nr.95: „Die Krise und die Spaltung Europas – Europa am Scheideweg“
(ISSN:1614-9289)
- Karl Heinz Roth, Zisis Papadimitriou: „Die Katastrophe verhindern – Manifest für ein egalitäres Europa“ (ISBN: 978 3894 0178 59)